



## **Ewa Klant MdB**

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

**13. Februar 2011**

***Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freunde,***

etwa jeder zweite Deutsche wohnt auf dem Dorf oder in einer der kleinen und mittleren Städte des ländlichen Raums. Gerade wir Niedersachsen wissen, dass Bevölkerungsrückgang und wirtschaftliche Dynamik die Gefahr bergen, dass die ländlichen Regionen zurückfallen und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse schwierig wird.

Dazu hat die Bundesregierung im Herbst 2011 mit dem Demografiebericht und in diesem Monat mit dem Raumordnungsbericht umfassende und beeindruckende Untersuchungen vorgelegt, die derzeit ausgewertet werden. Die Koalitionsfraktionen haben hierzu eine Arbeitsgruppe mit dem Auftrag gebildet, in den kommenden Monaten konkrete Lösungsansätze zugunsten der Entwicklung der ländlichen Räume zu erarbeiten und neue Wege der Kooperation und des Ausgleichs zu finden. Auch zukünftig müssen wir gewährleisten, dass Verfügbarkeit und Qualität von Infrastruktur und Daseinsvorsorge nicht zu Konzentration und Überangebot auf der einen Seite und Verfall und Verflachung auf der anderen Seite führen.

Für die zukünftige Entwicklung Niedersachsens sind diese Themen von großer Wichtigkeit. Deshalb habe ich mich bereit erklärt, in der Projektgruppe Demographie mitzuarbeiten. Unsere Aufgabe ist die Entwicklung mittel- und langfristiger Lösungsansätze und die Erarbeitung der Demografiestrategie der Bundesregierung zu begleiten.

*Ewa Klant*

Ewa Klant  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### **Zukunftsdialog der Bundesregierung**

In ihrer Neujahrsansprache hat die Bundeskanzlerin drei für die Zukunft unseres Landes wesentliche Fragen aufgeworfen: Wie wollen wir zusammenleben? Wie sichern wir unseren Wohlstand? Wie lernen wir als Gesellschaft? Die Bundesregierung diskutiert diese Frage seit dem Frühjahr 2011 mit Wissenschaftlern und Praktikern. In der vergangenen Woche hat die Bundesregierung die Bürger zu einem öffentlichen Dialog aufgerufen.

Dieser steht unter dem Titel „Menschlich und erfolgreich. Dialog über Deutschlands Zukunft“ und findet im Rahmen der Bürger-Internet-Plattform „[www.dialog-ueber-deutschland.de](http://www.dialog-ueber-deutschland.de)“ statt. Darüber hinaus wird die Bundeskanzlerin bei drei Bürgergesprächen im Februar und März mit den Menschen vor Ort in Erfurt, Heidelberg und Bielefeld diskutieren. Im Mittelpunkt sollen dabei konkrete Handlungsvorschläge und Anregungen für die Bundespolitik stehen, die die Bundesregierung weiterverfolgen und in der Gesetzgebung oder anderen Initiativen umsetzen kann.

Die Ergebnisse des Zukunftsdialoges werden im Juli veröffentlicht. Durch den Dialog soll eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Zukunft unseres Landes angeregt werden. Dabei bietet der Zukunftsdialog eine gänzlich neue Form der politischen Beteiligung, die stark auf den Prozess gegenseitigen Zuhörens, Diskutierens und voneinander Lernens setzt.

### **Sicherheit durch Forschung**

Die versuchten Kofferbombenattentate auf einen Regionalexpress in Köln, Ausbrüche von Epidemien wie bei EHEC, einer schweren Darmerkrankung, Katastrophen bei Großereignissen wie der Love-Parade in Duisburg, mas-

# Ewa Klamt MdB

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

senhafter Missbrauch von Kreditkarten und Verstöße gegen den Datenschutz - all dies sind Fragen der zivilen Sicherheit, die die Bürger unmittelbar betreffen. Bei der Vorbeugung oder Bewältigung von Sicherheitsrisiken können technische Lösungen aus der Forschung einen wichtigen Beitrag leisten. Der Bundestag beschloss daher am Donnerstag ein zweites Forschungsprogramm für die zivile Sicherheit.

Die Förderung der Forschung für die zivile Sicherheit ist seit ihrer Einführung 2007 ein besonderes Anliegen der Union. Bis 2011 wurden insgesamt 250 Millionen Euro in diese Projekte investiert. Bereits das erste Forschungsprogramm brachte nützliche Neuerungen, denn Feuerwehrleute, Notärzte und auch Polizisten wurden direkt in die Forschungsprojekte eingebunden.

## **55 Millionen jährlich für weitere Projekte**

Im Rahmen des neuen Programmes sollen von 2012 bis 2017 jährlich rund 55 Millionen Euro für die Förderung von Forschungsprojekten im Bereich der urbanen Sicherheit, des Schutzes vor Gefahrenstoffen und der Sicherheit der Wirtschaft investiert werden. Auch gesellschaftliche und ethische Aspekte der zivilen Sicherheit werden analysiert. Das Forschungsprogramm dient nicht nur der Sicherheit der Bürger, sondern auch der Stärkung mittelständischer Unternehmen.

## **Red-Hand Day: Gegen den Einsatz von Kindern als Soldaten**

Zum 10. Mal fand der Red-Hand-Day statt, der jährlich am 12. Februar weltweit auf die Situation von Kindersoldaten aufmerksam machen soll.

250.000 Kindersoldaten sind heute noch im Einsatz. Diese werden in tödliche Einsätze geschickt, müssen gefährliche Botengänge übernehmen oder Sklavendienste leisten. Weibliche Kindersoldaten werden dabei häufig Opfer sexueller Gewalt.

Gemeinsam mit Familienministerin Schröder sammelte Ewa Klamt rote Handabdrücke zahlreicher Abgeordneter, Menschenrechtsaktivisten und vieler engagierter Kinder als Zeichen der Ablehnung dieser Gräueltaten. Die ge-

sammelten Abdrücke werden anschließend den Vereinten Nationen überreicht.



**Ewa Klamt (links) und die Bundesministerin für Familie, Frauen, Senioren und Jugend, Dr. Kristina Schröder, gemeinsam mit engagierten Kindern bei der Red-Hand-Day Aktion im Deutschen Bundestag**

## **Dauerhafte soziale Absicherung von Höfen und Gartenbaubetrieben**

Für viele Landwirte in unserer Region bedeutet die landwirtschaftliche Sozialversicherung Schutz und Sicherung. Dieses System, das bereits seit 1888 besteht, bedurfte dringend einer Anpassung. Daher hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen nun das *Gesetz zur Neuordnung der landwirtschaftlichen Sozialversicherung* verabschiedet.

## **Neuordnung der Organisationsstruktur**

Die Effizienz wird durch umfassende Bündelung bei einem Träger erhöht. In der landwirtschaftlichen Sozialversicherung (LSV) wird nun noch ein Bundesträger mit Hauptverwaltung und Geschäftsstellen als Selbstverwaltungskörperschaft des öffentlichen Rechts errichtet. Dieser wird für die gesamte LSV (Alterssicherung, Unfall-, Kranken- und Pflegeversicherung)

# **Ewa Klamt MdB**

Aktuelles aus dem Deutschen Bundestag

rung) zuständig sein.

Die bisherigen regionalen Träger - die Träger für den Gartenbau und der Spitzenverband der LSV - werden in diese Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau eingegliedert.

Auch die Selbstverwaltung wird neu organisiert. Für die einzelnen Zweige der landwirtschaftlichen Sozialversicherung wird eine Obergrenze bei den Verwaltungs- und Verfahrenskosten festgelegt.

Der Bund beteiligt sich mit 150 Mio. Euro an der Neuordnung. Mit der Reform werden auch die niedersächsischen Bauern entlastet und ebenso die Leistungen des Gartenbaus anerkannt.

## **Kontakt**

### **Berlin**

Ansprechpartnerin: Petra Kröber  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Tel: (030) 22772341  
Fax: (030) 22776067

### **Gifhorn**

Ansprechpartner: Timm Bußmann  
Steinweg 5, 38518 Gifhorn  
Tel: (05371) 728035  
Fax: (05371) 728036

### **Peine**

Ansprechpartnerin: Christine Heuer  
Freiligrathstr. 4, 31224 Peine  
Tel: (05171) 7902225  
Fax:(05171) 7902226



**CDU**